



Nazwa instytucji

Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

Artykuł "|Staatsbrgerliche Erziehung"

Liczba stron oryginału

2

Liczba plików skanów

3

Liczba plików publikacji

3

Sygnatura/numer zespołu

TR 031.135

Data wydania oryginału

1913



Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+

Ministerstwo
Kultury
i Dziedzictwa
Narodowego.



NARODOWY
INSTYTUT
AUDIOWIZUALNY

KULTURA+



Digitalizacja

Der „Vorwärts“ kostet
für Österreich-Ungarn: Monatlich
mit Zustellung 1. 1. 90, Viertel-
jährlich K 5.70, Ganzjährlich
K 22.80.
Für Deutschland: Ganzjährlich
K 25.88.
Für das übrige Ausland: Ganz-
jährlich K 30.—
Einzelne Nummern 8 h., an Sonn-
tagen 10 h. Bei Abonnements
auf eine, zwei oder drei Num-
mern wöchentlich, kostet die Num-
mer, direkt durch die Post bezogen,
10 h. Die Zahlung für solche
Abonnements ist vierteljährlich zu
leisten.

Vorwärts

Sozialdemokratisches Tagblatt

Der „Vorwärts“ erscheint
an jedem Werktag um
5 Uhr nachmittags mit
dem Datum des folgenden
Tages.

Redaktion, Verwaltung und
Expedition Karlsplatz Nr. 7.
Offene Zeitungsreklamationen sind
portofrei.
Postsparkassen-Konto 17.386.
Telephon: Redaktion 439.
Verwaltung 786a.
Druckerei 786.

Nr. 3.

Reichenberg, Samstag den 4. Jänner 1915.

25. Jahrg.

Staatsbürgerliche Er- ziehung.

In das politische Leben hat in neuester Zeit die Frage der staatsbürgerlichen Erziehung Eingang gefunden. Es ist darunter in rein objektivem Sinne zu verstehen die systematische Heranbildung der Volksmassen zu der Einsicht in die bestehende Rechts-, Wirtschafts-, Staats- und Sozialordnung, insbesondere zu der Erkenntnis, richtiger Würdigung und Ausübung ihrer politischen Rechte und Pflichten.

Im Klassenstaate früherer Zeit, unter der Herrschaft des Absolutismus, gab es keine Staatsbürger im Rechtsinne, sondern Untertanen. Die den herrschenden Ständen und Klassen gewährten politischen Rechte können nicht als staatsbürgerliche Rechte angesprochen werden; es waren Ständes- und Klassenprivilegien, denen gegenüber die politische Rechtlosigkeit der Masse stand. Diese war völlig ausgeschlossen von selbständiger Teilnahme am politischen Leben, an der Gesetzgebung und der Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten.

Wie der Begriff und das Wesen der Staatsbürgerlichkeit, der politisch berechtigeten Staatsangehörigkeit, erst mit dem modernen Verfassungsstaat gegeben ist, so natürlich auch der Begriff der staatsbürgerlichen Erziehung. Aber nicht ohnweiteres hat dieser Begriff sich dem Begriff der Staatsbürgerlichkeit verbunden, obwohl jenes sich logisch aus diesem ergibt. Der auf die Theorie der „Gleichheit im Recht“ gestützte moderne Klassenstaat, der „konstitutionelle“, der „bürgerliche“ Staat, hat es nicht zu völliger politischer Gleichberechtigung gebracht. In den Kronländern sind die arbeitenden Klassen gegenüber den Herrschenden auf dem Gebiete des politischen Rechts immer noch mehr oder weniger benachteiligt bzw. beschränkt, so besonders im Wahlrecht. Früher faßte man die Summe der den rechtlosen Untertanen auferlegten Pflichten in den Satz zusammen: Seid untertan der Obrigkeit. Im modernen Staat haben die herrschenden Klassen und Parteien im Bunde mit den öffentlichen Gewalten den Anspruch geltend gemacht und nach Möglichkeit geübt, die arbeitenden Klassen einer politischen Bevormundung zu unterwerfen. Nicht poli-

tische Erziehung, nicht staatsbürgerliche Bildung haben sie den Massen zugedacht, sondern eine auf die Wahrung und Förderung ihrer Sonderinteressen berechnete Dressur. Als maßgebende „Autorität“ wollen sie in jeder Hinsicht über die Massen herrschen. Und natürlich haben sie ihren Interessen auch das Volkserziehungswesen dienstbar gemacht. Sie haben der Schule die Aufgabe zugewiesen, wahre politische Aufklärung und staatsbürgerliche Bildung des aufwachsenden Geschlechts zu verhindern, die Begriffe zu fälschen, Tatsachen, die für die Beurteilung des öffentlichen Wesens und Lebens entscheidend sind, zu ignorieren oder zu entstellen, den Geist der Jugend zu töten und in die Zwangsjacke schlimmer Irrtümer und Vorurteile zu pressen. Das trifft nicht nur auf die Volksschule, sondern auch auf das höhere Bildungswesen zu. Auch hier keine staatsbürgerliche Erziehung, auch hier die systematische Abrichtung im Interesse der herrschenden Faktoren.

Wie kommt es nun, daß seit etwa einem Jahrzehnt bürgerliche Elemente das Problem der staatsbürgerlichen Erziehung so lebhaft erörtern und propagieren? Ein Problem, um das die bürgerlichen Klassen und Parteien sich bis dahin gar nicht bekümmert haben? Das hat die Sozialdemokratie bewirkt. Es ist ihr gelungen, durch jahrzehntelange Aufklärungsarbeit, die schon bei der proletarischen Jugend einsetzt, entgegen dem herrschenden Volksdressurssysteme, die arbeitenden Klassen dem Banne der Unwissenheit und der Gleichgültigkeit gegen staatsbürgerliche Fragen zu entreißen, sie zu selbständigem politischen Denken und Handeln zu bringen, ihnen staatsbürgerliche und allgemein kulturelle Bildung zu geben in einem Maße, das die Durchschnittsbildung der bürgerlichen Elemente erheblich übertrifft. Und diese Erziehung, diese Bildung proletarischer Massen ist klar und bestimmt gerichtet auf ein großes Ziel, auf die Überwindung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, auf die Entwicklung zu einer gründlichen Umgestaltung, die der Klassenherrschaft ein Ende macht und zum vollen Siege des Rechts der Arbeit führt.

Das Resultat der sozialdemokratischen Aufklärungs- und Erziehungsarbeit tritt scharf und imposant in die Erscheinung auf allen Gebieten des

politischen Lebens, der politischen Kämpfe, in dem stetigen Erstarken der Sozialdemokratie, in der stetig anwachsenden Zahl ihrer Wählerstimmen und Mandate zu den Parlamenten, städtischen Körperschaften usw. Beständig aber mehrt sich der sozialdemokratische Nachwuchs. Vergebens haben alle staatszerhaltenden „Autoritäten“, das Kapital, die Kirche, die Schule, der Militarismus, die öffentlichen Gewalten unter Einsetzung all ihres Einflusses und ihrer Macht sich bemüht, diese Entwicklung zu verhindern und ihr Einhalt zu tun. Da ist es denn durchaus erklärlich, daß in den herrschenden Gesellschaftskreisen der Gedanke sich geltend macht, dem bestehenden Volkserziehungssystem die „staatsbürgerliche Erziehung der Jugend“ einzufügen. Wie sie beschaffen sein soll, darüber gehen die Meinungen weit auseinander, genau so, wie die Anschauungen und Interessen der bürgerlichen Parteien. Jede möchte natürlich die staatsbürgerliche Erziehung ihren Anschauungen und Interessen anpassen und dienstbar machen. Doch haben die divergierenden Ansichten und Vorschläge im allgemeinen den Grundzug gemein; die staatsbürgerliche Erziehung müsse auf den Schutz der bestehenden Ordnung gerichtet sein. Es wird auch noch besonderer Nachdruck auf die Pflege des religiösen und des monarchistischen Gefühls gelegt, während liberale Elemente den entsprechenden Wert mehr auf die positive Rechts- und Gesetzeskunde und Volkswirtschaft legen, was an und für sich ja auch ganz richtig ist.

Auch Schulmänner haben sich zu der Frage vernehmen lassen. So der Münchener Schulrat Dr. Kerckenshteyn in einer preisgekrönten Schrift, die speziell das Thema behandelt: „Wie ist unsere männliche Jugend von der Entlassung aus der Volksschule bis zum Eintritt in den Heeresdienst am zweckmäßigsten zu erziehen?“ Als erstes Ziel dieser Erziehung bezeichnet Kerckenshteyn die „Ausbildung der beruflichen Tüchtigkeit und Arbeitsfreudigkeit“ und damit „jener elementaren Tugenden, welche die Arbeitsfreudigkeit und Arbeitsfähigkeit unmittelbar zum Gefolge haben: der Gewissenhaftigkeit, des Fleißes, der Beharrlichkeit, der Verantwortlichkeit, der Selbstüberwindung und der Hingabe an ein tätiges Leben.“ Als zweites Ziel soll verfolgt werden: „Einsicht in den Zusammenhang der Interessen des Vaterlandes“,

die Lehre von der körperlichen Gesundheit; Einsicht in die wirtschaftlich-sozialen Zustände und Einrichtungen usw.“

Soweit von bürgerlicher Seite die staatsbürgerliche Erziehung der Jugend empfohlen wird, kommen die Ueberlegungen in Frage: ob die Volksschule, die Fortbildungsschule, die Mittelschulen der verschiedensten Art zum Feld dieser pädagogischen Tätigkeit genommen werden soll. Das höhere Schulwesen wird so gut wie gar nicht in Betracht gezogen, obwohl es nicht minder eines Planes der staatsbürgerlichen Erziehung ermangelt, wie die Schulen für das „gewöhnliche Volk“, von denen viele ja allerdings schon eine „Bürgerkunde“ haben, die aber in den meisten Fällen ein Spott auf den Begriff dieses Unterrichtszweiges ist.

Wir sind gewiß die letzten, die eine wirkliche, eine gute und umfassende staatsbürgerliche Erziehung nicht wünschen würden. Wir haben diese wichtige Angelegenheit stets in die große Frage der Reform des gesamten Volkserziehungswesens und der gesunden Politisierung des Volkes eingeschlossen. Man gebe sich keiner Täuschung darüber hin, daß die Lösung dieser Frage in der Hauptsache viel weniger von pädagogischen Programmen, als von dem Maße der Wirkung abhängt, welche die großen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kämpfe ausüben. Eine staatsbürgerliche Erziehung, welche die Ursachen, den Verlauf, die Resultate und die Lehren dieser Kämpfe unberücksichtigt läßt, oder falsch verwendet unter der Tendenz, auf Geist und Gemüt der Jugend im „ordnungspolitischen“ Sinne einzutwirken, würde nur ein neues Mittel sein, die politische Korruption zu fördern. Es würde ungerade sein, zu behaupten, daß alle von bürgerlicher Seite angestellten Erwägungen und gemachten Vorschläge auf dieses Ziel gerichtet sind. Weit aus die meisten aber tragen ganz offenkundig den Stempel dieser Tendenz.

Gebe niemand sich der Hoffnung hin, daß die im Klassenstaate herrschenden Elemente geneigt sind, einer staatsbürgerlichen Erziehung, wie sie gerechter- und vernünftigerweise sein sollte, eine Erziehung mit dem Grundzuge des rein Menschlichen, wie sie vor hundert Jahren schon Gottlieb Fichte vorgeschlagen hat — einer solchen Erziehung ihre dem Fortschritt, der Humanisierung und Demokratisierung entgegenstehenden Anschauungen, Interessen und Einrichtungen zu opfern. Für das arbeitende Volk werden stets die Tatsachen, betrachtet und beurteilt im Geiste der Wahrheit, der Gerechtigkeit und des Fortschritts, die beste Lehre in staatsbürgerlicher Erziehung geben.

Ausland.

Die Neujahrsempfänge in Ungarn.

Die Mitglieder der Regierungspartei erschienen am Mittwoch vormittags fast vollständig im Palais des ungarischen Ministerpräsidenten, um den Mitgliedern der Regierung die in Ungarn gebräuchlichen Neujahrswünsche darzubringen. Die Ansprache an Lufacs hielt der gewesene Justiz-

minister Erdelhi. Die Schandtaten des Gaunerpaars vom Juni rühmte er als die „Rettung des Parlamentarismus und der Verfassungsmäßigkeit“. Die „Wahlreform“ zu preisen hütete er sich aber sehr. Er sagte über sie: „Ich kenne ihren Inhalt noch nicht und kann daher weder für noch dagegen Stellung nehmen. Für die Arbeitspartei ist nur ihr bekanntes Parteiprogramm richtunggebend. Wir alle stimmen darin überein, daß diese Reform auf dem Prinzip der Allgemeinheit und Gleichheit aufgebaut sein müsse (lebhafter Beifall, Händeklatschen und Eisenrufe) und daß die Staatseinheit, der Einfluß der Intelligenz und die Suprematie des Ungarums nicht gefährdet werden dürfen.“ Lufacs antwortete mit der faulen Verlegenheitsphrase, daß man aus dem Wahlgesetzentwurf erkannt habe, daß er „alle Auskreuzungen, die ihn diskreditieren wollten, zunichte macht“. Dann wollte er Gründe anführen, daß er nicht fremde Schablonen benützt habe. Aber alle diese dummen Floskeln, die er seinen Parteigenossen vorsetzte, hat man schon bis zum Ueberdruß gehört. Daß er die Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse aufrecht erhalten will, unschrieb der vor dem Blödsinn nicht zurückstreckende Mensch, daß er den Arbeitern „besondere Begünstigungen erteile“. Aber trotzdem Herr Lufacs das Ungeheuer in einer langen Rede pries, sagte er schließlich doch: „Sie können überzeugt sein, daß die Regierung, indem sie diesen hochwichtigen Gesetzentwurf eingebracht hat, bemüht gewesen ist, nach bestem Wissen und Gewissen das Allerbeste zu leisten, was geleistet werden konnte. Andererseits kann ich für mich nicht Unfehlbarkeit in Anspruch nehmen und ich wäre daher, falls man mich bezüglich einzelner Detailfragen überzeugen würde, daß die eine oder andere Bestimmung des Gesetzentwurfes nicht entsprechend oder nicht gerecht ist, und daß man das Bessere machen könnte, oder daß man das eine oder andere Interesse befriedigen könnte, ohne das staatliche Interesse zu verletzen, ich wiederhole, daß ich dann bereit sein würde, unter unversehrter Aufrechterhaltung der Grundprinzipien des Gesetzentwurfes in den Details sehr wesentliche Abänderungen zu akzeptieren. Diesen Worten folgte lebhafter Zustimmung der Regierungsparteiler.“

Von Lufacs gingen die Abgeordneten zu Tisza. Nachdem ihn Abgeordneter Herczeg angestrichelt hatte, antwortete Tisza mit einer langen Rede, die hauptsächlich der Wahlreform galt. Er sagte im Wesen daselbe wie Lufacs. Er meinte, es sei diese Frage in möglichst kurzer Frist der entsprechenden Lösung zuzuführen. Dann machte er den „Witz“, daß die Zahl der Arbeiterwähler um fünfhundert Prozent zunehme, aber auch er sagte schließlich: „Ich gehe von der Ueberzeugung aus, daß bei einer so wichtigen kardinalen Frage niemand seine eigenen Anschauungen und seine Selbstarrigkeit der öffentlichen Meinung opfern darf. Hier muß jedermann bemüht sein, selbst auf dem Gebiet der Kompromisse so weit zu gehen, als es mit seinem eigenen Gewissen vereinbar ist. Wenn überhaupt von Meinungsverschiedenheiten die Rede sein kann, kann sich das nur auf die Grenze beziehen, bis zu wel-

cher wir auf dem Gebiet der Ausbreitung der Rechte gehen können, ohne daß wir in großen Mengen solche Elemente aufnehmen, welche hierzu in Ermangelung der erforderlichen materiellen und geistigen Kräfte vom Gesichtspunkt der Pflege der nationalen Interessen nicht geeignet sind. Diese Meinungsverschiedenheiten müssen auch im Interesse der Nation ausgeglichen werden. Wenn es sich aber bloß um die Grenze handelt, dann muß jeder Mann von uns KonzeSSIONen zugänglich sein. Ich kann ruhig sein, daß ich das Beispiel hierzu gegeben habe. Wenn sich die Bedenken nicht bewahrheiten werden, wird nichts leichter sein, als nach dem ersten Schritt den zweiten zu machen.“

Eine politische Demonstration der spanischen Konservativen.

Der Führer der spanischen Konservativen Maura und der frühere Minister Lacerba ziehen sich aus dem öffentlichen Leben zurück. Sie haben dem Präsidenten der Kammer schriftlich mitgeteilt, daß sie auf ihre Mandate als Abgeordnete verzichten. Weiter wird gemeldet: Fast sämtliche konservative Deputierten haben auf ihr Mandat verzichtet, ebenso zahlreiche Senatoren. Die konservativen Vizepräsidenten der Kammer und des Senats haben ihr Amt niedergelegt. Der Ministerrat beriet über die durch die Demissionen geschaffene Lage, die von den Ministern für sehr ernst angesehen wird. Der liberale Ministerpräsident Graf Romanones erklärte, der Entschluß Mauras verursache ihm mehr Bedauern als Ueberraschung. Die Zeitung „Epoca“ veröffentlicht einen Brief Mauras, in dem er sich darüber beklagt, daß der König es unterlassen habe, vor der Lösung der Kabinettskrise ihn zu befragen. Die durch die unheilvolle Verwaltung der Liberalen hervorgerufene finanzielle Unordnung und das Wohlwollen der Regierung für die Republikaner bildeten eine große Gefahr für die Monarchie. Unter den Senatoren, die ihr Amt niedergelegt haben, befinden sich mehrere auf Lebenszeit ernannte. Man glaubt, daß auch die konservativen General- und Gemeinderäte dem Beispiel der konservativen Parlamentsmitglieder folgen werden.

Der neue russische Minister des Innern.

Zum russischen Minister des Innern wurde der vierzigjährige Tschernigower Gouverneur Maklakow ernannt. Diese Ernennung ist an und für sich für die Petersburger politische Welt keine Ueberraschung, da sie bereits seit Wochen erwartet war. Sie entbehrt jedoch nicht der Bikanterie, da die Verdienste Maklakows auch vom Standpunkt der Bureaukratie nicht so erheblich sind, daß dadurch sein schwindelnd schnelles Emporkommen zu erklären wäre. Wie er in wenigen Jahren vom Steuereinzahler zum Minister emporgestiegen ist, erinnert lebhaft an die schnelle Karriere Stolypins: beide sind sie nach etwa dreijähriger Gouvernementsverwaltung auf den zweithöchsten Posten des Reiches hinaufgerückt. Der Ministerpräsident Kozlov hat ihn nicht vorgeschlagen und soll zu dieser Kandidatur seine Zustimmung erst dann gegeben haben, als er eingesehen hatte, daß ihm sonst Krisis aufgeholt werden könnte. Das Programm